

A7NEU Kapitel Arbeit, Soziales, Prävention und Wohnen

Gremium: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss
Beschlussdatum: 21.03.2020
Status: Modifiziert

Text

1 ARBEIT, SOZIALES, PRÄVENTION UND WOHNEN

2 Soziales und Arbeitsmarkt: Solidarisch, gerecht, inklusiv

3 GRÜNE Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Rhein-Kreis Neuss steht für
4 Gerechtigkeit, Integration, Solidarität und Selbstbestimmung.

5 In einer inklusiven, solidarischen und gerechten Gesellschaft gehören alle
6 Menschen dazu. Niemand wird an den Rand gedrängt und jede*r kann sich
7 entsprechend seiner und ihrer Fähigkeiten selbstbestimmt entfalten, unabhängig
8 von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Bildung und davon welcher
9 gesellschaftlichen Gruppe sie angehören. Dieses Ideal möchten wir verwirklichen.

10 Sozialpolitische Kernaufgabe ist auch die Absicherung, Unterstützung und
11 Förderung derjenigen, die nicht allein Anschluss finden. Basis hierfür ist eine
12 gute Beratungsstruktur. Deshalb brauchen wir eine bessere Ausstattung
13 vorhandener Anlaufstellen, eine langfristige finanzielle Absicherung und den
14 Ausbau von Angeboten in den sozialen Einrichtungen.

15 Die Arbeit der Mitarbeiter*innen der Anlaufstellen (Schwangerschaftsberatung,
16 Verbraucherzentrale, Schuldnerberatung, Erziehungshilfe, AIDS-Hilfe, Frauen
17 helfen Frauen, Freiwilligenzentrale, Arbeitslosenberatung, Beratung für
18 Wohnungslose usw.) ist unverzichtbar. Nur eine gute Ausstattung sichert die
19 Qualität dieser für die Menschen in Problemsituationen.

20 Wir sind dagegen, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Arbeits- und Sozialpolitik
21 nur dort aktiv ist, wo er durch Gesetze dazu gezwungen wird. Soziale
22 Verantwortung darf nicht nur bei Pflichtleistungen ansetzen – Sozialpolitik im
23 Kreis muss freiwillige Leistungen umfassen, die dazu beitragen, ein soziales
24 Netz zu erhalten, von dem alle Bürger*innen profitieren.

25 Wir wollen gegen zunehmende Ungleichheit und für den sozialen Zusammenhalt in
26 unserem Kreis kämpfen und es so nicht zulassen, dass diejenigen, die sich
27 abgehängt fühlen, den Versprechungen und vermeintlichen Lösungen der
28 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen aufsitzen werden.

29 Wir GRÜNE wollen:

- 30 • gerechte und realistische Mietobergrenzen für SGB II und SGB XII –
31 Bezieher*innen, das heißt, dass der grundsicherungsrelevante Mietspiegel

angehoben wird. Auch muss es zusätzliche Härtefallregelungen geben, zum Beispiel für Alleinerziehende.

- niedrigschwellige und barrierefreie Beratung zur Vermeidung von Energiearmut.
- ermäßigten bzw. kostenlosen Eintritt bei allen sportlichen und kulturellen Angeboten für SGB II und SGB XII – Bezieher*innen.
- die Einführung eines Rhein-Kreis-Neuss Pass – Sozialpass- für einkommensschwache Personen.
- einen Verhütungsmittel-Fond einrichten.
- den Zugang zu den Leistungen des Bundesprogramm Bildung und Teilhabe (BuT) durch eine Bildungskarte vereinfachen.
- auf der Homepage des Rhein-Kreis Neuss eine Version in leichter Sprache einführen, um Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, mit einer kognitiven Einschränkung und Migrant*innen den Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen.
- eine Willkommenskultur für alle Menschen, die in den Rhein-Kreis Neuss ziehen, unabhängig davon, woher sie kommen, etablieren.

Senior*innen gesellschaftliche Teilhabe aktiv ermöglichen

In Zukunft leben mehr hochaltrige, multimorbide Menschen im Rhein-Kreis Neuss. Sie wollen am Leben teilhaben, pflegerisch und gesundheitlich versorgt werden.

Der Rhein-Kreis Neuss hat gute Strukturen der Wohn- und Pflegeberatung. Diese Strukturen müssen mindestens erhalten und bei steigendem Bedarf aufgestockt werden.

Für uns GRÜNE ist ein wichtiges Ziel, ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer rechtzeitigen und umfassenden Beratung ebenso wie der Schaffung oder Erhaltung einer für alte Menschen erreichbaren die Infrastruktur. Dazu gehören Beratungseinrichtungen und Anlaufstellen, ebenso die Möglichkeit, eine angemessene Wohnform zu finden. Hierbei müssen die Wünsche der Bewohner*innen im Vordergrund stehen.

Wir wollen, dass die Menschen in ihrem angestammten Umfeld bleiben können. Die Selbstversorgung muss durch kurze Wege und eine gute pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Ein wesentlicher Beitrag hierzu sollte die Stärkung des selbständigen Wohnens mit niederschweligen Betreuungsangeboten und einer Versorgungssicherheit sein, die im Verhältnis zu der Unterbringung von älteren und pflegebedürftigen Menschen in Wohn- und Pflegeheimen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität bietet. Hier sind Altenwohnungen, Mehr-Generationen-Häuser, Hausgemeinschaften oder auch kleinere Heime in der Nachbarschaft vorstellbar. Wie eine Studie zum Kostenvergleich von ambulanten und stationären Wohn- und Pflegeformen festgestellt hat, kann bei etwa gleichem Mitteleinsatz im ambulanten Wohnen erheblich mehr Pflege-, Unterstützung und Begleitung für eine pflegebedürftige Person geboten werden.

73 Wir GRÜNE wollen:

- 74 • neue Wohnformen für "Jung und Alt" fördern, Quartiere entwickeln, den
75 Sozialraum mit Leben füllen und Infrastrukturdefizite kompensieren. Das
76 ist nicht nur für alte Menschen gut, es ist attraktiv für Familien mit
77 Kindern und gelebte Inklusion.
- 78 • Angebote zur Qualifizierung und Entlastung pflegender Angehöriger
79 auszubauen (z.B. Seminare für pflegende Angehörige zur Erleichterung ihrer
80 Arbeit).
- 81 • tragfähige Konzepte zur Bekämpfung der Altersarmut implementieren.
- 82 • Konzepte für zielgerichtete Hilfen für ältere Migrant*innen erarbeiten,
83 insbesondere kultursensible Altenpflege für migrierter Personen.
- 84 • Quartiere mit Sozialräumen und Beratungsstellen, in denen sich alle
85 Menschen austauschen, entwickeln und einander unterstützen können.
- 86 • Patenschaften, um die Kompetenzen älterer Menschen an nachfolgende
87 Generationen weiterzugeben, sowie Familien und Kinder zu fördern,
88 Einsamkeit zu mindern und lebenslanges Lernen zu unterstützen.
- 89 • Digitale Teilhabe mit Unterstützung von Initiativen wie "Ausbildung zum
90 Technikbotschafter*in".

91 Menschen mit Handicaps unterstützen

92 Wir wollen uns für Möglichkeiten einsetzen, dass Menschen mit Handicaps
93 selbstbestimmt und gleichberechtigt lernen, wohnen, arbeiten und ihre Freizeit
94 verbringen können.

95 Wir GRÜNE wollen:

- 96 • dass die Umsetzung der Rechte, die Menschen mit Behinderungen aus der UN-
97 Behindertenrechtskonvention zustehen, eingehalten wird.
- 98 • dass die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen bei
99 allen Entscheidungen des Kreises berücksichtigt werden und eine
100 barrierefreie Infrastruktur gegeben ist.
- 101 • dass darauf geachtet wird, dass jede Form der Ausgrenzung von Menschen mit
102 Behinderungen, ob baulicher, sozialer oder organisatorischer Art
103 verhindert wird.
- 104 • dass bei allen politischen Entscheidungen die Interessen der Menschen mit
105 einer Behinderung mitgedacht werden.

106 Arbeitsmarkt menschlich und gerecht gestalten

107 Obwohl sich die Beschäftigungsentwicklung in den letzten Jahren günstig
108 gestaltete, nahm die Zahl der Menschen, die auf Dauer oder lange Zeit arbeitslos
109 und auf Hartz IV-Leistungen angewiesen ist, im Rhein-Kreis Neuss zu. Immer mehr
110 Menschen bleiben in der Arbeitslosigkeit „kleben“.

111 Auch haben immer noch viel zu viele Menschen unsichere oder schlecht entlohnte
112 Jobs – davon sind am meisten Frauen betroffen.

113 Die Chancen von Arbeitslosen, einen Arbeitsplatz zu finden, sind sehr ungleich
114 verteilt. Neben dem Alter kommen die klassischen Ursachen der
115 Langzeitarbeitslosigkeit hinzu: die Dauer der Arbeitslosigkeit, das Geschlecht,
116 eine alleinige Erziehung des oder der Kinder, ein möglicher
117 Migrationshintergrund oder die (fehlende) Ausbildung. Aber auch Menschen mit
118 gesundheitlichen Einschränkungen sind dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffen,
119 weil in vielen Unternehmen vorrangig Befürchtungen statt Chancen gesehen werden.

120 Das Zusammentreffen mehrerer negativer Faktoren führt schnell zu
121 Konstellationen, die eine Eingliederung sehr schwierig bzw. unmöglich machen.

122 Wir erleben aber auch einen fundamentalen Wandel der Arbeit. Sie wird immer
123 digitaler, mobiler und vernetzter.

124 Diese Entwicklungen wollen wir GRÜNE für Alle fair gestalten. Jede*r braucht
125 eine berufliche Perspektive und soll unter bestmöglichen Bedingungen arbeiten
126 können. Hierfür sehen wir die Gremien des Jobcenters und der Arbeitsagentur als
127 zentral an.

128 Mit dem Strukturwandel stehen wir im Rhein-Kreis Neuss zudem vor neuen
129 Herausforderungen.

130 Wir GRÜNE wollen:

- 131 • dass ausreichend qualifiziertes Personal im Jobcenter beschäftigt wird.
- 132 • dass die vorhandenen Beschäftigungsgesellschaften mit dem Ziel unterstützt
133 und ausgebaut werden, Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt zu
134 integrieren
- 135 • dass allen Erwerbslosen der Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten bleibt.
- 136 • dass bei allen Aktivitäten die Vermittlung in eine existenzsichernde
137 Beschäftigung Vorrang hat.
- 138 • dass Fort- und Weiterbildung in zukunftsfähige Berufe für Menschen jeden
139 Alters möglich wird
- 140 • den öffentlichen Arbeitsmarkt für Menschen mit besonderen Bedürfnissen
141 oder Langzeitarbeitslosen ausweiten
- 142 • dass die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern für die besondere Situation
143 von Frauen mit Gewalterfahrung, Menschen mit Migrationshintergrund oder
144 Beeinträchtigungen sensibilisiert und geschult werden.
- 145 • dass Arbeitslose menschenwürdig behandelt werden.
- 146 • dass das Jobcenter des Rhein-Kreis Neuss sich von einer Ordnungsbehörde zu
147 einem Dienstleister für Arbeitslose und ihre Familien entwickelt.
- 148 • dass Menschen eine*n persönliche*n Ansprechpartner*innen anstelle des
149 Callcenters haben.

150 Wohnungspolitik: bezahlbar und ökologisch

151 Steigende Miet- und Immobilienpreise gehören zu den drängendsten sozialen
152 Herausforderungen, auch im Rhein-Kreis Neuss. Aufgrund des nicht nur
153 wirtschaftlich günstigen Standorts, der Nähe zu Großstädten, des allgemeinen
154 Trends gestiegenen Zuzugs in städtische Regionen und deren Umland sowie der
155 verstärkten Nachfrage von Singlehaushalten ist eine weitere Verschärfung der
156 Situation zu erwarten.

157 Laut seriösen Prognosen müssten zusätzlich 80.000 neue Wohnungen pro Jahr in NRW
158 gebaut werden, mindestens 20.000 davon als öffentlich-geförderte Mietwohnungen,
159 da insbesondere Menschen mit kleinen Einkommen von der Wohnraumknappheit am
160 härtesten betroffen sind.

161 Tatsächlich wurden in NRW 2018 jedoch nur etwa 6.000 Wohnungen öffentlich
162 gefördert. Die Politik steht also in Sachen bezahlbarer Wohnraum vor einer
163 großen Aufgabe.

164 Um dem Bedarf gerecht zu werden, fehlt es vor allem an Bauland. Die immer teurer
165 werdenden Grundstücke führen zu hohen Mieten.

166 Da aber nur die Städte und Gemeinden über Flächen und Bauland verfügen, kann der
167 Kreis hier nicht selbst aktiv tätig werden. Deshalb lehnen wir das Modell einer
168 Wohnungsbaugesellschaft in der Zuständigkeit des Kreises ebenso ab wie die
169 Zusammenarbeit mit großen privaten, am Profit orientierten Akteur*innen.

170 Wir GRÜNE wollen:

- 171 • die Einführung einer Mindestquote von 30% der neu zu errichtenden
172 Wohnflächen für den sozial geförderten Wohnungsbau.
- 173 • ein dem Stadtbild angemessenes höheres und dichteres Bauen und innovative
174 Bebauungen (z.B. von Ladenzeilen oder Parkhäusern).
- 175 • dass der Rhein-Kreis Neuss den Kommunen beratend und flankierend zur Seite
176 steht, indem er:
- 177 • einer Politik der „sozialen Bodennutzung“ für ausreichend Wohn- und
178 Pflegeprojekte oberste Priorität einräumt.
- 179 • die Gründung von Wohnungsgenossenschaften und kommunalen
180 Wohnungsbaugesellschaften mit seinem Know-How aktiv unterstützt.
- 181 • bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaften sowie -genossenschaften
182 stärkt.
- 183 • nachhaltiges, ressourcenschonendes Bauen, gerade auch im sozial
184 geförderten Wohnungsbau, modellhaft durch vielfältige Aktionen (Tagungen,
185 Kongresse, Beratungsangebote, Zusammenarbeit mit Hochschulen u.ä.)

unterstützt. Hierzu gehören insbesondere klimafreundliche Modernisierung, energetische Quartierssanierung und ökologisches Bauen und Wohnen.

- kreiseigene Gebäude zukünftig beim Neubau oder der Kernsanierung nach den Grundsätzen des im Bundesbau etablierten Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) mindestens im Silberstandard zertifiziert.

- sich zur Modellregion für nachhaltiges Baurecycling entwickelt.

- eine Initiative zugunsten des Bauens mit Holz und mit Recycling-Baustoffen ergreift und im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft den gesamten Lebenszyklus seiner Gebäude in den Blick nimmt.

- Den Bau eines Baustoff-Recyclingzentrums in Grevenbroich-Frimmersdorf fördert und die Idee einer Bauteilbörse unterstützt. Damit können zukünftig intakte Bauteile wie Türen oder auch Metallträger eines älteren Gebäudes in neue oder zu sanierende Gebäude eingebaut werden.

- Beratung in wohnungsbaupolitischen Fragen vermittelt, wie z.B. zu den Vorteilen von Erbpacht-Modellen.

- aktuelle Analysedaten zur Wohnungssituation im Rhein-Kreis Neuss erhebt und zur Verfügung stellt.

- Beratungen durch Mietervereine und den Mieterbund aktiv unterstützt.

Gesundheit und Prävention: Den Mensch in den Mittelpunkt stellen

In der Gesundheitspolitik verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen mit ihren individuellen und spezifischen Bedürfnissen. Die Stärkung und bessere Vernetzung von präventiven Konzepten in allen Gesundheitsbereichen sind dringend geboten. Einen Schwerpunkt wollen wir hier bei den Kindern setzen. Förderung von Motorik ist dabei genauso wichtig wie Unterstützung bei Störungen im Sprach- oder emotionalen Bereich.

Wir werden das neu fusionierte Rheinland-Klinikum konstruktiv-kritisch auf seinem Weg des Zusammenwachsens begleiten. Hierbei sind vor allem die hochwertige und flächendeckende Patient*innenversorgung, aber auch die wirtschaftliche Stärke und Stabilität des Klinikums, die dafür die Grundlage bildet, unsere wichtigsten Ziele. Gesundheitsversorgung darf sich nicht allein an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientieren.

Die medizinische Versorgung ist umfassend barrierefrei zu gestalten; u.a. erleichterter und lückenloser Zugang zu adäquaten Übersetzer*innen für die Verständigung und eine gute medizinische Behandlung Zugewanderter sollte geschaffen werden. Für die Diagnostik bei Menschen mit Handicaps oder Menschen mit Demenzen muss das Personal ausreichend Zeit haben.

Der Kreis ist in der Pflicht, angemessene Vorsorge vor Pandemien und Seuchen zu treffen.

Auch die Beschäftigten des Rhein-Kreis Neuss müssen gesund sein und bleiben. Alle Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung (z.B. Bonus-Punkte-Systeme) sind zu nutzen; weitere Ideen der Belegschaft sind umzusetzen.

227 Wir sehen im Präventionsbereich eine zentrale Rolle beim Gesundheitsamt. Hier
228 sollen zielgruppenspezifische Gesundheitsprogramme z. B. muttersprachliche
229 Vorträge für Frauen, Schwangerschaftskonfliktberatung, Sportangebote u.v.m.
230 konzipiert werden.

231 Wir GRÜNE wollen:

- 232 • Gesundheitsförderung und -aufklärung von Klein an in Kitas und Schulen
233 durch vitaminreiche Ernährung sowie durch viel Sport und Bewegung.
- 234 • eine konsequente Nutzung aller Präventionsprogramme von Bund, Land und
235 Krankenkassen.
- 236 • die beste Krankenhausversorgung auf hohem Niveau, gut erreichbar für alle
237 Bürger*innen.
- 238 • Boys-Days, um auch männliche Pflegende anzuwerben.
- 239 • die Ausbildung in der Schule für Krankenpflege auf Spitzenniveau.
- 240 • eine verstärkte Mitarbeiter*innen-Bindung und Werbung durch Erhöhung der
241 Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe (z.B. über Bonus-Punkte-
242 System für soziales- und ausbildungsunterstützendes Engagement).
- 243 • eine geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung, damit Männer und Frauen
244 die Medikamente erhalten, die sie auch benötigen.
- 245 • eine individuelle und kultursensible Pflege, da die Bedürfnisse von
246 Patienten*innen aus verschiedenen Kulturen bedacht werden müssen.
- 247 • den Ausbau der Hilfen für Sucht- und Drogenkranke.
- 248 • die Unterstützung der Hospizdienste und aller palliativ Tätigen.